



Bundesministerium
der Finanzen

Bundesministerium der Finanzen, 11016 Berlin

Mitglied des Deutschen Bundestages
Herrn Stefan Schmidt
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Michael Schrodi

Parlamentarischer Staatssekretär
Mitglied des Deutschen Bundestages

Wilhelmstraße 97
10117 Berlin

Tel. +49 30 18 682-4245

Michael.Schrodi@bmf.bund.de

www.bundesfinanzministerium.de

7. Oktober 2026

Ihre mündliche Frage Nr. 23 am 7. Oktober 2026

GZ: I A 3 - Vw 8540/00041/129/001

DOK: COO.7005.100.4.15892461

Seite 1 von 2

(bei Antwort bitte GZ und DOK angeben)

Sehr geehrter Herr Kollege,

Ihre mündliche Frage,

„Welche konkreten Schritte hat die Bundesregierung bisher zur Erarbeitung der Rechtsverordnung für das durch einen öffentlichen Träger angebotene Standarddepot im Rahmen der Reform der steuerlich geförderten privaten Altersvorsorge vom März 2026 unternommen (bitte unter Angabe der bisher vorgesehenen konkreten Regelungsinhalte), und bis wann wird die Bundesregierung die Rechtsverordnung vorlegen, sodass sichergestellt ist, dass das öffentliche Standarddepot spätestens zum 1. Januar 2027 und damit zeitgleich mit den neuen privaten Altersvorsorgeprodukten angeboten wird?“,

beantworte ich wie folgt:

Das Bundesministerium der Finanzen prüft derzeit, wie die Aufgabe umgesetzt werden kann. Die Aufgabe ist komplex: Es gibt bisher keine Behörde, die über die notwendigen Verwaltungsstrukturen verfügt; zudem gibt es hohe europarechtliche Hürden.

Die Anforderungen an den öffentlichen Anbieter haben sich durch die Empfehlungen der Alterssicherungskommission aus dem Juni 2026 verändert. Empfohlen wird, eine Kapitalrente in der gesetzlichen Rentenversicherung einzuführen und Doppelstrukturen in der kapitalgedeckten Altersvorsorge zu vermeiden.



Seite 2 von 2

In der privaten Altersvorsorge haben zahlreiche Anbieter bereits angekündigt, zum Marktstart am 1. Januar 2027 Produkte mit Kosten weit unterhalb des für Standarddepotverträge vorgegebenen Kostendeckels von einem Prozent anzubieten.

Mit freundlichen Grüßen